NRW info
BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV NRW

Heft 2/2015
2. Quartal
www.bund-nrw.de

Der Streit um die Kohle

Foto: Dirk Jansen

Große Menschenkette gegen Braunkohle

Der Streit um die Kohle im Rheinland

„Bis hierhin und nicht weiter!“, war die Botschaft der großen Anti-Kohle-Kette 2015 durch den Braunkohlentagebau Garzweiler. 6.000 Menschen aus nah und fern waren unserem Aufruf gefolgt und sorgten für die größte Anti-Braunkohlen-Demonstration, die das Rheinische Revier je erlebt hat.

Wie ein farbenfroher Lindwurm schlängelte sich die 7,5 Kilometer lange Menschenkette durch die Tagebauwüste. Von Keyenberg im Norden bis Immerath im Süden und weiter zur Abbruchkante des Braunkohlenlochs protestierten 6.000 fröhliche Menschen friedlich für ein Ende des Landschaftsfraßes durch die Braunkohlenbagger und einen baldigen Kohleausstieg. Sie waren aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland angereist, um ein unübersehbares Signal für mehr Klimaschutz und gegen ein Ausbremsen der Energiewende auszusenden. „Bis hierhin und nicht weiter!“ lautete die gemeinsame Botschaft an die Regierenden in Düsseldorf und Berlin. Die Abschlusskundgebung im „Geisterdorf“ Immerath sorgte dann noch einmal für Leben in diesem dem Untergang geweihten Ort.

6.000 Menschen kamen zur Kette und füllten das Geisterdorf Immerath mit Leben.
Fotos: L. Tomac, D. Jansen

Initiiert wurde die Menschenkette am Tagebau Garzweiler vom BUND, der BUND-Jugend, Campact, Greenpeace, der Klima-Allianz Deutschland, dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) sowie der Bürgerinitiative „Stop Rheinbraun”. Zahlreiche weitere Organisationen und Parteien unterstützten die Demonstration.

Auch wenn die Planung zur Anti-Kohle-Kette schon seit Monaten lief war der Zeitpunkt ideal gewählt. Mit der anstehenden Leitentscheidung der NRW-Landesregierung zur künftigen Braunkohlenpolitik, dem von Bundeswirtschaftsminister Gabriel geplanten „Klimabeitrag“ für ältere Kohlemeiler und dem im November in Paris beginnenden UN-Klimagipfel stehende wichtige Entscheidungen und Ereignisse an. Insofern ist 2015 ein Schlüsseljahr für den Klimaschutz.

Kein Wunder, dass die Menschenkette die Kohlelobby auf den Plan rief. Die Kohlekonzerne RWE und Vattenfall riefen gemeinsam mit den Gewerkschaften IG BCE und Verdi zur Gegendemonstration nach Berlin auf, um dort für den Fortbestand der Kohle-Vorrang-Politik zu trommeln.

Dabei ist klar: Die kurzsichtige Pro-Kohle-Politik von Energiekonzernen und Teilen der Gewerkschaften führt in eine Sackgasse. Klimaschutz und Kohleverstromung pasen nicht zusammen. Der von Gabriel verlangte Klimabeitrag der Braunkohle ist deshalb ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt. Er muss ohne Abstriche kommen, sonst steht Kanzlerin Merkel beim G7-Gipfel und der Weltklimakonferenz mit leeren Händen da.

Der BUND appellierte deshalb an Politik und Gewerkschaften, nicht die Energiewende auszubremsen und konsequent auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu setzen. Ansonsten werde auch die zukunftsfähige Umstrukturierung der alten Kohlereviere gefährdet. Der Strukturwandel dürfe dabei nicht auf dem Rücken der Beschäftigten verschleppt werden - aber genau das passiert derzeit.

Dirk Jansen

.... ist Geschäftsleiter des BUND NRW und war Demo-Leiter der Anti-Kohle-Kette

www.bund-nrw.de/anti-kohle-kette.de

BUND-Aktion

„Garzweiler Zukunftsbäume“ statt Tagebau

Gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Erkelenz Peter Jansen und dem ehemaligen Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen hat der BUND im Vorfeld der Anti-Kohle-Kette in Holzweiler sechs „Garzweiler Zukunftsbäume“ gepflanzt. „Die Obstbäume sind für uns ein Symbol für eine Zukunft ohne Braunkohle“, sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. „Wir verknüpfen damit die Hoffnung, dass nicht nur Holzweiler vom Tagebau Garzweiler verschont bleibt.“

Die „Garzweiler Zukunftsbäume“ weisen eine bewegte Geschichte auf. Im Jahre 2008 wurde die BUND-Obstwiese bei Otzenrath im Tagebau Garzweiler von der RWE Power AG zerstört. Dort befindet sich jetzt eine 200 m tiefe Braunkohlengrube. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht nach einer Beschwerde des BUND Ende 2013 festgestellt, dass die Zwangsenteignung des verfassungswidrig war. Für die Rettung der rund 100 Obstbäume kam die Entscheidung aber zu spät. Bevor die Bagger kamen, hat der BUND von den Obstbäumen Reiser geschnitten und daraus „Nachkommen“ gezüchtet. Sieben Jahre hatten die Bäume Zeit, heranzuwachsen. Jetzt werden sie landauf landab gepflanzt , unter anderem auch in Pulheim, Meerbusch, Dorsten und Paderborn. Der BUND pflanzt dabei ausnahmslos alte heimische Apfelsorten wie die Rheinische Schafsnase, den Rheinischen Krummstiel oder den Schönen von Elmpt.

Das Grundstück in Holzweiler hatte der BUND im Juli 1992 als „Sperrgrundstück“ mit dem Ziel erworben hat, den Braunkohlentagebau Garzweiler II zu stoppen. Im Juni 1993 erfolgte die feierliche Einweihung des Grundstücks. Die BUND-Braunkohleexpertin Dorothea Schubert hatte damals die Hoffnung geäußert, am 6. Juni 2043 auf dem Grundstück das 50jährige Jubiläum der Einweihung feiern zu können. „Dieses Ziel rückt nun näher, auch wenn das Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplans Garzweiler noch aussteht“, so Schubert. *(dj)*

Neue Hoffnung für Holzweiler: Jetzt pflanzte der BUND dort „Garzweiler Zukunftsbäume“. Foto: R. Behrens

ⓘ www.bund-nrw.de/garzweiler_zukunftsbaum

„Rahmenbetriebsplanzulassung ist klar rechtswidrig“

Neue Klage gegen Braunkohlentagebau Hambach

Der BUND unternimmt einen neuen Anlauf zum juristischen Stopp des Braunkohlentagebaus Hambach bei Köln. Der Umweltverband legte beim Verwaltungsgericht Köln Klage gegen die Zulassung des dritten Rahmenbetriebsplanes zur Fortführung des Tagebaus von 2020 bis 2030 ein. Ziel ist es, das ökologisch einzigartige Waldgebiet des Hambacher Waldes vor den Baggern zu retten. Die jetzt vom BUND angefochtene bergrechtliche Zulassung der Bezirksregierung Arnsberg umfasst eine Abbaufläche von 924 Hektar. Davon sind 226 Hektar wertvoller Wald, der 142 Vogelarten eine Heimat bietet. Allein zwölf streng geschützte Fledermausarten wie zum Beispiel die höchst seltene Bechstein-Fledermaus und die streng geschützte Haselmaus haben dort ihr Refugium. Um weitere 450 Millionen Tonnen Braunkohle fördern zu können, will RWE den 12.000 Jahre alten Hambacher Wald bis auf wenige Reste zerstören. Zwar soll versucht werden, eine Art Ersatznatur für die geschützten Tierarten zu schaffen. Der BUND hält dies jedoch für einen untauglichen Versuch, die Rechtwidrigkeit des Eingriffs zu kaschieren. *(dj)*

Foto: D. Jansen

ⓘ www.bund-nrw.de/hambach

Neues BUND-Gutachten zeigt:

Braunkohlenausstieg ist notwendig und machbar

Zwischen 1,4 und 2,5 Milliarden Tonnen Braunkohle dürfen im Rheinischen Revier nicht gefördert und verstromt werden, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen will. Das ist das Ergebnis eines vom BUND beim Öko-Institut e.V. in Auftrag gegebenen Gutachtens, das Ende März vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf vorgestellt wurde.

„Die von der Landesregierung vorgesehene Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler ist ein in Deutschland bislang einzigartiges Signal, reicht aber bei weitem nicht aus, die Klimaschutzziele zu erreichen“, sagte die stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Kerstin Ciesla. „Wir fordern daher die Landesregierung auf, im Zuge der anstehenden neuen Leitentscheidung zur Braunkohlepolitik alle Tagebaue auf den Prüfstand zu stellen.“

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Im NRW-Klimaschutzgesetz ist bis zur Mitte des Jahrhunderts eine Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen um mindestens 80 Prozent definiert. Der BUND ließ jetzt berechnen, welche Konsequenzen diese Klimaschutzziele für die Festlegung neuer Abbaugrenzen haben müssten. Dazu wurden verschiedene energiepolitische Szenarien ausgewertet und auf Kohle-Restmengen umgerechnet.

„Die Klimaschutzziele sind nur erreichbar, wenn NRW schnellstmöglich aus der Braunkohle aussteigt“, konstatierte Dierk Bauknecht vom Öko-Institut. Bis 2050 müsse die Stromerzeugung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umgestellt werden. Das sei energiewirtschaftlich machbar, setze aber auch ein vorzeitiges Auslaufen aller Braunkohlentagebaue im Rheinland voraus.

In den heute genehmigten Tagebauen liegt noch eine Braunkohlevorrat von knapp 3 Milliarden Tonnen. Davon muss der Großteil im Untergrund bleiben, wenn die Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Für den Tagebau Garzweiler fordert der BUND daher einen Abbaustopp vor der Autobahn A 61.

Die im März 2014 von der Landesregierung beschlossene Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler würde bei Einbeziehung einer Schutzzone um die Ortschaft Holzweiler von einem Kilometer dagegen maximal 500 Millionen Tonnen Braunkohle unangetastet lassen. Das ist im Hinblick auf die NRW-Klimaschutzziele völlig unzureichend.

Auch der Tagebau Hambach muss massiv verkleinert werden. Dessen Fortführung von 2020 bis 2030 hat das Land NRW unlängst genehmigt und damit den Abbau von 450 Millionen Tonnen Braunkohle zugelassen. Insgesamt will RWE dort jedoch noch etwa 1,5 Milliarden Tonnen Braunkohle fördern. Zum Erreichen der NRW-Klimaschutzziele dürften aber nur noch zwischen 200 bis 700 Millionen Tonnen Hambach-Kohle verfeuert werden.

Der BUND forderte daher die Landesregierung auf, nachzubessern und ein Braunkohleausstiegsszenario mit definierten Restmengen in der Leitentscheidung zu verankern. Danach müssten alle Braunkohlenpläne geändert und neue Abbaugrenzen festgelegt werden. „Der Braunkohleausstieg bis spätestens 2030 ist in Nordrhein-Westfalen nicht nur klimaschutzpolitisch notwendig, sondern auch energiewirtschaftlich machbar“, so das Fazit des BUND-Geschäftsleiters Dirk Jansen. *(dj)*

ⓘ www.bund-nrw.de/braunkohle

Kerstin Ciesla, Dierk Bauknecht und Dirk Jansen bei der Vorstellung des neuen BUND-Gutachtens im Düsseldorfer Landtag. Foto: BUND

Gute Bausteine, aber kein großer Wurf

Biodiversitätsstrategie bescheiden ausgefallen

Nach jahrelanger Vorarbeit verabschiedete die Landesregierung zu Jahresanfang die Biodiversitätsstrategie für NRW. Trotz Beteiligung des BUND und weiterer Vertreter des amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes ist das Ergebnis recht bescheiden ausgefallen: die vorgegebene Marschrichtung, ein wenig Aufsehen erregendes Werk aufzulegen, wurde durchgehalten. Widerstand gab es dennoch.

Einige gute Bausteine wie beispielsweise die Einführung von Biodiversitätsstandards für den Wald oder die Programme zur Wiederentwicklung von Heide- und Moorgebieten stechen heraus. Auch das Ziel, pro Kreisgebiet mindestens zwei Naturerlebnisgebiete einzurichten, ist vorbildlich.

Aber gerade bei Schlüsselthemen wie Agrarlandschaft und Wildnis bleibt die Strategie unter ihren Möglichkeiten bzw. sogar hinter der Nationalen Biodiversitätsstrategie der großen Koalition zurück. So wurde etwa der Lebensraum Grundwasser komplett ausgespart. Auch die Wildnisentwicklung wird auf die forstwirtschaftliche Stilllegung von Wäldern reduziert. Natur nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, das soll gemäß Strategie nicht stattfinden.

Alles soll freiwillig sein, eine Bindung staatlicher Subventionen an Biodiversitätsstandards ist nicht vorgesehen. Die Problemanalysen sind meist vollständig, aber sie führen häufig nicht zu der Ableitung der für die Problemlösung notwendigen Ziele.

Umso erstaunlicher ist der Aufschrei, den die Strategie dennoch bei einigen Interessenverbänden erzeugte. Bund deutscher Forstleute, Grundbesitzerverband etc. hatten sich ihre Gegenstrategie offensichtlich zurechtgelegt, ohne sich vorher mit dem Werk zu befassen. Die Landwirtschaftsverbände hatte man bereits vorab mit einer Rahmenvereinbarung „eingefangen“, welche die Ziele der Strategie weitgehend relativiert und aus Sicht der Agrarindustrie unschädlich machen soll.

Dabei wird eines klar: wer noch nicht einmal eine solch halbherzige Biodiversitätsstrategie unterstützt, verlässt den Pfad des gesellschaftlichen Grundkonsenses, die biologische Vielfalt zu bewahren. Zudem zeigt diese Diskussion wieder Parallelen zum Jagdgesetz: es geht den Kritikern gar nicht um das „wie“, sondern nur ums „ob“. Landwirte und Waldbauern sind auf einmal diejenigen, die schon immer erfolgreich Naturschutz betrieben haben, wozu da etwas ändern? Merkwürdig nur, dass bereits ein Viertel der Arten des Waldes und des Grünlands in NRW gefährdet oder ausgestorben ist.

Fotos: H. Sticht, D. Jansen

In den kommenden Monaten wird es darum gehen, den sehr weit gesteckten Rahmen der Strategie mit Leben und Inhalt zu füllen. Wir brauchen ein Landesprogramm biologische Vielfalt und ein Landesnaturschutzgesetz, das diesen Namen verdient. Die Naturschutzverbände hatten rechtzeitig Vorschläge für ein neues Landschaftsgesetz vorgelegt und aufgezeigt, wie man eine Trendwende einleiten kann. Es ist höchste Zeit, dass frommen Worten Taten folgen.

Holger Sticht

... ist Vorsitzender des BUND NRW.

Landesnaturschutzgesetz überfällig

Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU haben sich zu den Anforderungen an ein neues Landesnaturschutzgesetz positioniert. Die Vorschläge sind nun als Positionspapier auf der Website des Landesbüros (www.lb-naturschutz-nrw.de) veröffentlicht. Neben der überfälligen Anpassung an das Bundesnaturschutzgesetz (2010) müssen, wie von der Landesregierung im Koalitionsvertrag zugesagt, die in den vergangenen Jahren zu Lasten des Naturschutzes eingeführten Regelungen zurückgenommen werden. Neben der Verbesserung der Beteiligungs- und Klagerechte fordern die Verbände eine Stärkung der Landschaftsbeiräte durch Wiedereinführung der Stimmenmehrheit, Verbesserungen der Eingriffsregelung sowie die Erweiterung des gesetzlichen Biotopschutzes. Weitere zentrale Forderungen betreffen Anforderungen an die gute fachliche Praxis bei der Bodennutzung sowie die Wertschätzung der Landschaftsplanung.

BUND-Leitbild für Halterner Truppenübungsplätze

Wildnisentwicklung, Naturschutz und Naturerlebnis

Am 24. März präsentierte der BUND in Hausdülmen sein Leitbild für die Zukunft der Halterner Truppenübungsplätze. Der Gebietskomplex, der aus den beiden Natura 2000-Gebieten „Borkenberge“ und „Lavesumer Bruch“ besteht, wird Ende Mai durch die britischen Rheinarmee geräumt. Der BUND hatte im Oktober 2014 sein Interesse an der Übernahme dieser Schutzgebiete erklärt.

Bereits seit Jahren bemüht sich der BUND um die Sicherung der Feucht- und Trockenheiden, Moore und Sumpfwälder, in denen Kraniche, Bekassinen, Kreuzottern sowie zahlreiche extrem gefährdete Pflanzenarten vorkommen. Durch das kurzfristige Ende der militärischen Nutzung droht den Schutzgebieten ein abrupter Verlust der Kontrolle im Gelände. Daher wies der BUND nochmals darauf hin, dass die beiden Teile des Truppenübungsplatzes Haltern aufgrund der Kampfmittelbelastung, aber auch zum Schutz der EU-weit herausragenden Flora und Fauna vorerst gesperrt bleiben müssen. Er verwies zugleich darauf, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, an welche der Truppenübungsplatz nach Abzug der Rheinarmee zuerst fällt, diese Kontrolle zu gewährleisten habe.

Das BUND-Leitbild richtet sich nach den europarechtlichen Vorschriften, wie sie sich aus der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ergeben. Dazu zählt die Vorgabe des Verschlechterungsverbots. Das bedeutet, dass in beiden Gebietsteilen weder Intensivlandwirtschaft noch störende Freizeitaktivitäten wie etwa Motocross stattfinden können. Auch die Quarzsandgewinnung, wie sie für Teile des Lavesumer Bruchs offenbar angedacht ist, würde einen massiven Eingriff in die europäisch geschützten Lebensräume bedeuten.

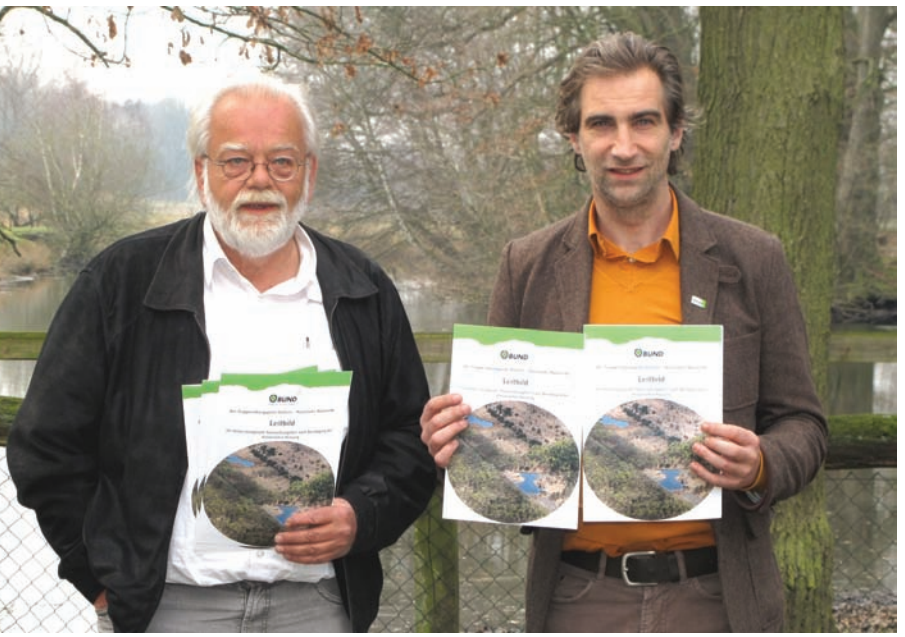
Schwerpunkt des Leitbildes ist jedoch der Schutz der landesweit fast einzigartigen Flora und Fauna. So soll der Gebietskomplex zum Wildnisentwicklungsgebiet erklärt werden: große Weidetiere wie Wisente und Wildpferde sollen angesiedelt, sämtliche Nutzungen eingestellt werden. Menschliche Eingriffe werden auf den Bedarfsfall und hier auf die gesetzlich vorgeschriebene Sicherung geschützter Lebensraumtypen reduziert. Gleichzeitig will der BUND dafür Sorge tragen, dass die einzigartigen Naturschätze für die Bevölkerung in naturschutzkonformer Weise erlebbar gemacht werden. Hierzu zählen ein Rad- und Rundwanderwegnetz, Beobachtungskanzeln sowie ein Informationszentrum.

Borkenberge und Lavesumer Bruch sind vorläufiger Bestandteil der dritten Tranche des Nationalen Naturerbes. Der Bundestag muss noch entscheiden, ob er die Flächen an das Land NRW, Naturschutz-Stiftungen oder -verbände übertragen will. Für den Fall einer Übertragung hatten der BUND Bundesverband sowie der Landesverband NRW bereits im Oktober letzten Jahres ein Übernahmeinteresse erklärt. *(hs)*

ⓘ www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz

Der BUND-Naturschutzexperte Michael Harengerd und der Landesvorsitzende Holger Sticht stellten das Konzept für die Truppenübungsplätze vor. Einer der seltenen und streng geschützten Bewohner im Weißen Venn ist der Eisvogel.

Fotos: Karl-Heinz Fritschek / pixelio.de (Eisvogel), R. Menninghaus/Streiflichter Dülmen



Ausgezeichnet

Vorkämpfer für gentechnikfreie Landwirtschaft

Die BUND-Kreisgruppe Steinfurt hat den Ladbergener Bioland-Hof Fiegenbaum als ‚Leuchtturm' ausgezeichnet. „Wir würdigen hiermit einen bodenständigen, bäuerlichen Familienbetrieb, der sich aus tiefer Überzeugung heraus der umwelt- und tierschutzgerechten Landwirtschaft verschrieben hat", so Friedel Hesseling, Sprecher der BUND-Kreisgruppe. Mit ihrer täglichen Arbeit erzeugten Fiegenbaums und ihre ökologisch wirtschaftenden Berufskollegen Lebensmittel, wie sie von immer mehr Verbrauchern gewünscht und gekauft werden. „Unser Münsterland braucht mehr solcher Bauern!"

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Foto: F. Hesseling

Die Auszeichnung vergibt der BUND als besondere Anerkennung für das langjährige, beharrliche Engagement von Reinhard und Monika Fiegenbaum für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Gemeinsam mit anderen Bauern haben sie frühzeitig das Thema ‚Gentechnik' aufgegriffen und in den eigenen Berufsstand und die breite Öffentlichkeit getragen. Sie haben beherzt die größte gentechnikfreie Region in Nordrhein-Westfalen mit aufgebaut und stoßen bis heute immer wieder auf's Neue wichtige, wenngleich für die Landwirtschaft manchmal unbequeme Diskussionen an. „Für diesen großen persönlichen Einsatz danken wir!" *(rb)*

Foto: NaturErlebnis-Werkstatt

Umweltbildung in Alsdorf

NaturErlebnis-Werkstatt feiert Eröffnung

Mit einem fröhlichen Fest eröffnete Mitte April die NaturErlebnis-Werkstatt in Alsdorf. Dort bieten ab sofort die Naturpädagoginnen Ilona Chrobak und Mo Hilger in Kooperation mit dem BUND vielfältige Umweltbildungsangebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Familien und Gruppen an. Ermöglicht wurde dieses vorbildliche Projekt durch die BUND-Kreisgruppe Aachen Land und die untere Landschaftsbehörde. Viele Menschen unterstützten das Vorhaben durch ehrenamtliche Arbeit sowie Geld- und Sachspenden.

Das circa 1.300 Quadratmeter große Grundstück der NaturErlebnis-Werkstatt grenzt an die alte Bergbauhalde Maria-Hauptschacht. Das Gelände bietet Raum für eine Lagerfeuerstelle, einen Nutzgarten und viele Möglichkeiten, die Natur mit allen Sinnen zu erleben. Die NaturErlebnis-Werkstatt ist zudem idealer Ausgangspunkt für naturpädagogische Angebote im Wald, an Wasserflächen und auf der nahegelegenen Streuobstwiese.

Weitere Informationen sowie eine Veranstaltungsübersicht finden Sie unter www.naturerlebniswerkstatt-alsdorf.de.

Immer gut informiert

Sie möchten wissen, was der BUND in NRW tut? Sie möchten Anregungen, was Sie tun können und uns bei Online-Aktionen unterstützen? Der NRW-Ticker ist der kostenlose BUND-Newsletter für Nordrhein-Westfalen. Egal ob BUND-Mitglied oder nicht - regelmäßig erhalten Abonnenten aktuelle Informationen zur Arbeit des BUND, zu den erreichten Erfolgen sowie über aktuelle Kampagnen, Aktionen und wichtige Termine. Darüber hinaus geben wir regelmäßig unsere Fach-Newsletter zu den Themen Energie & Klima, Biodiversität und Bildung heraus. Hier geht's zum kostenfreien Abo: www.bund-nrw.de/service/.

Sie suchen die BUND-Gruppe in ihrer Nähe? Über unsere interaktive Karte unter www.bund-nrw.de/ueber_uns/bund_gruppen/ finden Sie die jeweiligen Ansprechpartner.

Foto: S. Schumacher

BUND-Mini-Ausstellung

Gift im Spielzeug

Die BUND-Ortsgruppe Soest/Welver geht neue Wege, um über die Gefahren von Gift im Kinderspielzeug zu informieren. Mit einer selbst konzipierten Mini-Ausstellung informiert sie darüber, wie Giftstoffe in Spielzeug, häuslichen Gebrauchsgegenständen und in der häuslichen Einrichtung zur Gefahr für die Kindergesundheit werden. Premiere hatte die Ausstellung im Rudolf-Steiner-Kindergarten in Lohne bei Soest. Zwei Wochen lang konnten sich das Kollegium und die Familien des Kindergartens über das aktuelle Thema informieren.

Die Erzieherinnen und viele Eltern waren bereits im Vorfeld auf das Thema aufmerksam geworden. Ein Waldorfkindergarten zeichnet sich bereits durch Naturnähe aus und den Kindern werden dort Naturmaterialien zum Spielen angeboten. Hier vertraut man der Intuition und der Nase.

Doch für manche Familien war das Thema neu und sie näherten sich dieser erschreckenden Erkenntnis und Komplexität vorsichtig.

Der schön gestaltete Ratgeber „Für PVC-freie Kindergärten und Kinderzimmer“ enthält Hinweise darauf, warum PVC giftig für den Menschen und die Umwelt ist, wie Schadstoffe in den Körper gelangen können. Auch die derzeit unzureichende Gesetzeslage wird gezeigt.

Die vom BUND-Miniausstellung gibt Tipps und zeigt mit Produktlisten, wie Eltern ihre Kinder und Kindertageseinrichtungen ihre Schützlinge sowohl beim Spielzeug als auch in der Gestaltung der Räume schützen können. Sie ist reich an übersichtlichen, gut gestalteten Informationen, enthält Demonstrationsobjekte und ist leicht vor Ort aufzubauen.

Kontakt: BUND Soest/Welver , Sabine Schumacher, sabine.schumacher@bund.net

Der aktuelle BUND-Jahresbericht 2014 bietet einen Überblick über die landespolitischen Aktivitäten und Erfolge. Download unter www.bund-nrw.de/publikationen/bund_nrw_jahresbericht/

IMPRESSUM: Das **NRW*info*** wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ◆ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ◆ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ◆ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ◆ **Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Ralf Bilke *(rb)*, Holger Sticht *(hs)* ◆ **Auflage:** 18.100 ◆ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ◆ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFS WDE 33 xxx, Konto: DE 10 370 205 00 000 8204600 ◆ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ◆ Das **NRW*info*** erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2015 ◆ © BUND NRW, Mai 2015

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)